

Auswirkung einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für Kranken- und Pflegeversicherung auf die M+E-Arbeitnehmer

Nach dem gesundheitspolitischen Sprecher hat nun auch der Generalsekretär der SPD, Tim Klüssendorf, gefordert (BamS vom 22.6.2025), die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung auf das Niveau der Renten- und Arbeitslosenversicherung anzuheben.

Das allerdings würde die Arbeitskosten – das ohnehin schon größte Problem des Standortes neben Unternehmenssteuern, Energiekosten und Bürokratielasten – noch weiter nach oben treiben, und es würde auch für die Arbeitnehmer unserer Branche noch weniger Netto vom Brutto bedeuten.

Konkret für das Durchschnittseinkommen der Branche und für einen Experten aus der technischen Forschung und Entwicklung (Technische FuE), der noch unter den Tarifvertrag fällt, berechnet:

- Die vorgeschlagene Anhebung auf die Beitragsbemessungsgrenze der Renten- und Arbeitslosenversicherung, die derzeit bei 96.600 Euro liegt, würde für den durchschnittlichen Verdiener unserer Branche einer Mehrbelastung von 555,80 Euro im Jahr entsprechen. Diese Summe entspricht einer Beitragserhöhung von 1,68 Prozentpunkten.
- Bei einem Entwicklungsingenieur würde die Beitragsbelastung um 3.151,58 Euro höher ausfallen, was einer Beitragserhöhung von 9,53 Prozentpunkten entspräche.

Hinweise zur Berechnung

- Das durchschnittliche Jahresentgelt der Arbeitnehmer in der Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) liegt bei 71.520 Euro und damit deutlich über der aktuell greifenden Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von 66.150 Euro.
- Da die Tarifgruppen sich im Detail von Tarifregion zu Tarifregion unterscheiden, ziehen wir dafür die Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes 2024 zu Hilfe, die bei Experten der Berufsgruppe „Technische FuE“ ein Jahresmittel in der M+E-Industrie laut von 105.288 Euro ausweist.

	M+E-Durchschnitts- einkommen	M+E-Entwicklungs- ingenieur
Jahreseinkommen eines Arbeitnehmers (in Euro)	71.520,00	105.288,00
Nachrichtlich: Arbeitskosten für den Arbeitgeber vor Anhebung (in Euro)	89.158,92	127.101,60
Derzeitige Abzüge in Kranken- und Pflegeversicherung (in Euro)	6.846,53	6.846,53
Abzüge nach Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (in Euro)	7.402,32	9.998,10
Mehrbelastung pro Jahr (in Euro)	555,80	3.151,58
Anhebung entspricht so vielen Prozentpunkten beim Beitragssatz von Arbeitgeber und Arbeitnehmer (bei aktueller Beitragsbemessungsgrenze)	1,68 Prozentpunkte	9,53 Prozentpunkte
Nachrichtlich: Arbeitskosten für den Arbeitgeber nach Anhebung (in Euro)	90.270,52	133.404,76

*Beispiel

Der Vergleich zwischen den Arbeitgeberkosten und dem, was dem Arbeitnehmer nach Abzügen der Sozialversicherungsbeiträge übrigbleibt, ist natürlich nur ein Teil der Schere. Die Kluft zwischen dem, was der Arbeitgeber für die Arbeit bezahlen muss, und dem, was beim Arbeitnehmer davon tatsächlich ankommt, wird noch weiter vergrößert. Sie lässt sich aber nicht so einfach berechnen, weil die steuerlichen Abzüge von den individuellen Details des Arbeitnehmers abhängen.

Fazit: Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze wäre eine massive Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und das Gegenteil der versprochenen Beitragsstabilität.